



Fraktion vor Ort

Gerechte Arbeit – weltweit! SPD-Bundestagsfraktion vor Ort in Oberberg

Welche Verantwortung tragen Regierungen, Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten für die Bedingungen von Produktion und Handel? Dieser Frage gingen am vergangenen Mittwoch die oberbergische Bundestagsabgeordnete Michaela Engelmeier und ihr Kollege Stefan Rebmann MdB nach.

In einer spannenden Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, die auf Initiative und Einladung Engelmeiers im „Oberbantenberger Hof“ in Wiehl-Oberbantenberg stattfand, stellte Rebmann in seiner Funktion als entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion in einem Impulsreferat die mitunter dramatische Situation der weltweiten Menschen- und Arbeitsrechte dar und verwies auf die Verantwortung der deutschen Regierung und deren Engagement, um die Bedingungen gerechter zu gestalten. Mehr als 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt und erfuhren mitunter dramatische Fakten und Zahlen

über ein Thema, das letztendlich in der Verantwortung eines jeden einzelnen liegt.

Nicht zuletzt der Zusammensturz des Rana Plaza-Fabrikgebäudes, bei dem 2013 in Bangladesch mehr als 1.100 Arbeiterinnen und Arbeiter starben, hat das Augenmerk der westlichen Welt auf die teils unmenschlichen Produktionsbedingungen in jenen Ländern gelenkt, die als Fabriken und Plantagen der Welt fungieren. Und damit auch auf die Bedingungen, die westliche Konzerne etwa in der Textil-, Elektronik-, Agrar- und Rohstoffproduktion in Entwicklungsländern vorgeben.

Auch die anfängliche Weigerung und das sehr zögerliche Handeln der deutschen Textilindustrie, sich am Textilbündnis zu beteiligen, bis

hin zum beschämenden Verhalten auch von deutschen Textilunternehmen im Hinblick auf die Entschädigungsfonds für die Opfer zeigt, dass auf Freiwilligkeit zu setzen oftmals nicht zielführend ist. Gesetzliche, für alle verbindlich geltende Regelungen sind daher unumgänglich, um Unternehmen zu sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Mindeststandards zu verpflichten.



Gemäß einer Studie zur Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit über 21 Millionen Männer, Frauen und Kinder teils unter unmenschlichen Bedingungen, 35,8 Millionen

Menschen werden laut „Walk Free Foundation“ als moderne Sklaven missbraucht und mehr als 168 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 17 Jahren werden zur Kinderarbeit gezwungen.

Auf der anderen Seite stehen weltweite Profite in Höhe von jährlich mindestens 150 Milliarden Dollar, die mit Mitteln des Lohndumpings, mit Zwangs- und Kinderarbeit, mit Diskriminierung von Frauen und Minderheiten erwirtschaftet werden. Hinzu kommen Organisationsverbote, gravierende Sicherheitsmängel und mitunter massive Umweltverschmutzungen in vielen Entwicklungsländern.

Michaela Engelmeier, selbst Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung, ergänzte in der anschließenden Diskussionsrunde die Ausführungen Rebmanns mit Eindrücken und Ergebnissen aus ihrer persönlichen Arbeit. „Meine Erfahrungen und Erlebnisse, die ich unter anderem auch direkt vor Ort in Pakistan machen konnte, sorgen nicht selten für schlaflose Nächte. Jeder für sich und wir als Mitglieder des Deutschen Bundestages im Besonderen haben eine persönliche Verpflichtung an der Verbesserung der teilweise untragbaren Umstände zu arbeiten“, so Engelmeier. „Wir brauchen eine faire Welthandelsordnung, eine gleichberechtigte Teilhabe am Welthandel, transparente Produktions- und Lieferketten, verbindliche Standards, ILO-Kernarbeitsnormen und eine Stärkung der lokalen Wirtschaft und Wertschöpfung genauso wie

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und funktionierende Sicherheitsstrukturen in den betroffenen Ländern. Dafür setzen wir uns als SPD-Fraktion ein. Aber auch Unternehmen sowie wir als Konsumentinnen und Konsumenten tragen für die Bedingungen von Produktion und Handel große Verantwortung“.

„Konfliktprävention, Gute Arbeit weltweit, handlungsfähige Gewerkschaften und eine weitsichtige Klima- und Umweltpolitik sind weitere Zielsetzungen“, ergänzte Rebmann abschließend. „Darüber hinaus fordern wir als Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion den Beitritt deutscher Textilunternehmen zum ‚Bündnis für nachhaltige Textilien‘.“

Breitbandausbau

Engelmeier informiert über Förderbescheid zur Planung des Breitbandausbaus in Waldbröl



Am 20. Juni bekam auch Waldbröl für den Ausbau des schnellen Internets einen zusätzlichen Schub. Bundesminister Alexander Dobrindt übergab den Förderbescheid über die Gewährung einer Förderung für Beratungsleistungen in Höhe von 50.000 Euro .

Damit die Landkreise und Kommunen mit unterversorgten Gebieten

schnell förderfähige Projekte entwickeln können, fördert der Bund Beraterleistungen, die die Planung und Durchführung solcher Vorhaben und damit die Beantragung entsprechender weiterer Fördermittel erleichtern. Bis 2018 soll

möglichst in allen Landkreisen Breitband zur Verfügung stehen. Für das ehrgeizige Ziel stellt der Bund rund 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung.

Engelskirchen, Gummersbach, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Wiehl, Wipperfürth und Hückeswagen haben bereits in den vergangenen Wochen ihre Zusagen erhalten. Mit Waldbröl

erhalten nunmehr elf Städte und Gemeinden im Oberbergischen Kreis die Förderung in einer Gesamthöhe von insgesamt 547.000,- EUR.

„Schnelle und sichere Datennetze sind der Motor für Wachstum, Innovation und vor allem Beschäftigung einer Dienstleistungsgesellschaft“, freute sich die oberbergische Bundestagsabgeordnete über die Mitteilung des Ministeriums. „Wir müssen die bestehende große Lücke, die nach wie vor zwischen Städten und ländlichen Bereichen in puncto Breitbandversorgung herrscht, weiter schließen. Die Hilfe des Bundes ist hier ein wichtiger und notwendiger erster Schritt.“